

Bericht aus Berlin



DR. ASTRID MANNES

Für Sie im Bundestag.

Dezember 2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit diesem letzten Bericht aus Berlin im Jahr 2018 möchte ich Ihnen noch letzte Informationen zukommen lassen, bevor auch das politische Berlin in die Weihnachtspause geht.

Wir schauen auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Ich denke hier besonders an die lange Phase der Regierungsbildung in Berlin, die Streitigkeiten um den richtigen Weg in der Asylpolitik, aber auch an die Wahl des neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, an die Landtagswahlen in Bayern und Hessen oder auch an die Urteile zu Diesel-Fahrverboten in etlichen deutschen Städten.

Bundesregierung und Bundestag haben viele wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht, wie die Muster-

in die innere und äußere Sicherheit, Abschaffung der kalten Progression ab 2019, Verbesserungen bei den Renten, Verbesserungen bei der Qualität frühkindlicher Betreuung und vieles mehr.

Etwas für die CDU ganz Besonderes war der Parteitag in Hamburg mit der Wahl einer neuen Parteivorsitzenden. Es tat unserer Partei gut, dass sich gleich drei herausragende Persönlichkeiten um die Nachfolge von Angela Merkel in diesem Amt beworben haben. Wir haben einen fairen Wettstreit der Kandidaten erlebt, der unserer Partei gut getan hat.

Nun ist es wichtig, diesen Schwung mitzunehmen und sich geschlossen hinter die neue CDU-Vorsitzende zu stellen. Annegret Kramp-Karrenbauer hat bewiesen, dass sie Wahlen gewinnen und Menschen

mitreißen kann. Ich bin überzeugt, dass sie durch ihre natürliche und herzliche Art – gepaart mit langjähriger und vielfältiger Erfahrung – unsere Partei gut und klug führen werden

wird.

Frau Kramp-Karrenbauer unterscheidet sich stark von ihrer Vorgän-

gerin und wird auch künftig andere Akzente setzen. Nur mit einer breiten Unterstützung wird unsere Vorsitzende ihre Kraft zum Wohle der



Foto: Astrid Mannes

Partei voll entfalten können. Nur in geschlossenem Auftreten wird die Partei stark und überzeugend sein.

Das neue Jahr führt uns direkt in den Europawahlkampf. Ein stabiles, demokratisches und starkes Europa liegt im Interesse unseres Landes. Daher darf uns diese Wahl nicht egal sein. Europa ist nicht „weit weg“. Es geht uns sehr unmittelbar etwas an.

Ich wünsche Ihnen gesegnete friedvolle Weihnachten. Genießen Sie diese Tage – hoffentlich im Kreise von Angehörigen oder lieben Freunden – als Zeit zum Krafttranken. Mit allen guten Wünschen für das neue Jahr 2019,

Ihre

Astrid Z. Mannes



Annegret Kramp-Karrenbauer Foto: CDU Deutschlands/ Tobias Koch

feststellungsklage, die Schaffung von mehr Pflegestellen, eine Erhöhung des Kindergeldes, Einführung des Baukindergeldes, Investitionen

Haushalt 2019 mit klarem Akzent für Zukunft, Sicherheit und Zusammenhalt

Im November 2018 beschloss der Deutsche Bundestag den Bundeshaushalt 2019. Wir waren damit - nach dem erst im Sommer verabschiedeten Haushalt 2018 - wieder im ganz normalen Haushaltsverfahren. Unser besonderer Dank gilt unseren Haushaltspolitikern, die dies mit viel Einsatz möglich gemacht haben.

Der Bundeshaushalt 2019 bedeutet einen weiteren Schritt zur Stärkung unseres Landes. Wir investieren in zentrale Zukunftsbereiche wie Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Die Sicherheit ist und bleibt unser Thema: Für die innere Sicherheit schaffen wir tausende neue Stellen bei Bundespolizei, BKA und Zoll. Der Verteidigungsetat wächst um fast 5 Milliarden ge-



genüber 2018, damit unsere Soldaten gut ausgerüstet im Einsatz sind.

Den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken wir durch Investitionen in digitale Bildung, Kinderbetreuung und Wohnen. Familien werden spürbar entlastet durch die Erhöhung des Kindergeldes und durch die Möglichkeit, Baukindergeld zu beantragen. Insgesamt belaufen sich die Ausgaben des Bundes im Jahr 2019 auf 356,4 Milliarden Euro. Bereits seit 2014 kommt der Bundeshaushalt ohne neue Schulden aus. 2019 wird erstmals seit 2002 wieder das Maastricht-Kriterium

von maximal 60 Prozent Gesamtverschuldung eingehalten. Foto: Christiane Lang

Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass die finanzielle Solidität und Berechenbarkeit ein Markenzeichen der Union bleibt. Wir denken nicht zuerst an neue Sozialausgaben, sondern zu allererst an Erwirtschaften. Jeder Euro, der ausgegeben wird, muss erst verdient werden. Dann können wir überlegen, wie wir am besten in die Zukunft unseres Landes investieren und den Schwachen helfen.

Übergabe eines Förderbescheids zur ÖPNV-Verbesserung

Stark frequentierte Haltestellen der DADINA (Darmstadt-Dieburger Nahverkehrsorganisation) haben schon einige Jahre die dynamischen Fahrgastinformationsanzeigen, mit denen die ÖPNV-Nutzer über die Abfahrtszeiten der Busse informiert oder Verspätungen angezeigt werden. Um weitere 25 Haltestellen kundenfreundlich nachzurüsten, wurde im Rahmen der Förderrichtlinie "Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme" des "Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020" der Bundesregierung eine Förderung für das Stadtgebiet Darmstadt und den angrenzenden Landkreis Darmstadt-Dieburg beantragt.

Eine dynamische Information der Fahrgäste über die Abfahrtszeiten und mögliche Verzögerungen sorgt für



Dr. Astrid Mannes gemeinsam mit Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer

deutliche Verbesserungen für die Nutzer des ÖPNV. Der Alltag wird digitaler und der traditionelle Fahrplan an der Haltestelle wird durch ein modernes System ergänzt, das auch auf kurzfristige Fahrplanänderungen eingehen kann.

(Fortsetzung S. 3)

(Fortsetzung von S. 2) Der Antrag "DFIBushaltestellen" zur Ausstattung von Haltestellen mit dynamischen Fahrgastinformationssystemen (DFI), den die Stadt Darmstadt beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gestellt hat, wurde von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) nun bewilligt. Stellvertretend für die Stadt Darmstadt habe ich als Abgeordnete für den Wahlkreis Darmstadt die Förderbescheid-Urkunde in Berlin entgegengenommen.

Es freut mich, zum Jahresabschluss eine Zuwendungssumme in Höhe von 200.000 Euro aus Berlin in meinen Wahlkreis zu überbringen. Durch diese Investition wird der ÖPNV wieder ein Stück attraktiver. Zudem ist dies ein wichtiger Beitrag zur Minderung verkehrsbedingter Luftschadstoffe.



Dr. Mannes mit den Abgeordneten-Kollegen der AG Bildung und Forschung der CDU/CSU-Fraktion. Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Michael Wittig

Verbesserung der Pflege- & Gesundheitsversorgung

Wir sorgen für etwa 13.000 neue Pflegepersonalstellen und erleichtern die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Kliniken.

Jede neue Pflegestelle am Krankenhausbett wird von den Krankenkassen voll refinanziert, sodass die Personalausstattung verbessert wird.

Wir haben die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe verabschiedet, um die Ausbildung ab dem Jahr 2020 zu reformieren.

Die bisher getrennten Ausbil-

dungen für Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege werden zu einer Pflegeausbildung zusammengeführt.

Das Schulgeld, das Azubis in einigen Ländern heute noch zahlen, wird abgeschafft, stattdessen wird künftig eine Ausbildungsvergütung bezahlt.

Rente, soziale Sicherheit und Zusammenhalt

Wir haben ein Rentenpaket geschnürt. Darin erhöhen wir die Mütterrente um einen halben Rentenpunkt für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind.

Zudem schaffen wir Verbesserungen für krankheitsbedingte Frührentner und führen eine doppelte Haltelinie für Rentenniveau und Beitragssatz ein. Geringverdiener werden bei den Sozialabgaben ohne Einbußen beim Rentenanspruch entlastet.

Die durchschnittliche Rentensteigerung lag im Westen in den vergangenen zehn Jahren bei 2 Prozent und im Osten bei 2,9 Prozent. Da die Inflationsrate in diesem Zeitraum im Durchschnitt deutlich niedriger lag, konnten sich die Rentnerinnen und Rentner in den vergangenen zehn Jahren immer wieder über reale Kaufkraftgewinne freuen.

Gute-Kita-Gesetz

Im seiner letzten Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung, mit dem vor allem die Qualität frühkindlicher Bildung und Betreuung in Kitas verbessert werden soll, beschlossen. Der Bund stellt dafür den Ländern über die Umsatzsteuer bis zum Jahr 2022 insges. 5,5 Mrd. Euro zur Verfügung. In den letzten 10 Jahren hat der Bund bereits 11 Mrd. Euro in Kitas investiert. Im neuen Gesetz ist ein Katalog von Qualitätskriterien genannt wie z.B. ein besserer Be-



Foto: CDU/Adrian Kubica c/o Banrap

Die Rentenangleichung zwischen den alten und den neuen Bundesländern schreitet ebenfalls weiter voran und wird im Jahr 2025 vollendet sein.

treuungsschlüssel oder die Gewinnung und Sicherung qualifizierter Erzieher. Jedes Bundesland entwickelt in eigener Verantwortung Handlungsfelder und Kriterien, wie die Qualität verbessert werden kann.

Begrenzung und Steuerung von Zuwanderung

Wir haben den Anspruch auf Familiennachzug für vorübergehend anerkannte Asylbewerber (subsidiär Schutzberechtigte) abgeschafft und lassen aus humanitären Gründen nur ein kleines Kontingent von bis zu 1.000 nachziehenden Familienangehörigen pro Monat zu.

Wir verpflichten anerkannte Asylbewerber zur Mitwirkung in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren. Das bisherige Fehlen einer solchen Pflicht hat sich insbesondere bei im schriftlichen Verfahren erteilten Anerkennungen als problematisch erwiesen.

Mehr bezahlbarer Wohnraum

Das Baukindergeld kann seit September bei der KfW beantragt werden. Pro Kind und Jahr erhalten Eltern zehn Jahre lang 1.200 Euro, wenn ihr zu versteuerndes Jahreseinkommen 90.000 Euro nicht übersteigt (bei einem Kind; 15.000 Euro für jedes weitere Kind). Dies gilt für Neubau oder Erwerb von Bestandswohnraum im Zeitraum 1. Januar 2018 – 31. Dezember 2020. Wir wollen den Anstieg der Mieten bremsen. So soll der Vermieter im Geltungsbereich der Mietpreisbremse dem Mieter über die Vormiete Auskunft erteilen, wenn er sich auf eine Ausnahme von der Mietpreisbremse beruft und er 10 Prozent



Dr. Astrid Mannes beim Treffen der CDU/CSU Frauengruppe zur Vorstellung von „MILLA“, einer digitalen Weiterbildungsplattform (Modulares Interaktives Lebensbegleitendes Lernen für Alle). Diese soll Teil der geplanten nationalen Weiterbildungsstrategie werden. Mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) soll MILLA die persönlichen Interessen und Fähigkeiten des jeweiligen Nutzers umfassend bei der Weiterbildung berücksichtigen. Foto: Diana Tuppäck



Foto: Christiane Lange

mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen will. Bundesweit wird zudem die Modernisierungsumlage in Form einer möglichen Mieterhöhung von 11 auf 8 Prozent pro Jahr gesenkt. Wir erhöhen steuerliche Anreize für den Neubau von Mietwohnungen, indem wir eine Sonderabschreibung für im Zeitraum vom 1. September 2018 bis zum 31. Dezember 2021 beantragte Bauvorhaben einführen.

Modernisierung der Infrastruktur

Der Gesellschaftervertrag zur Gründung der Autobahngesellschaft ist unterzeichnet. Damit ist der erste Schritt getan zur Übernahme von Planung, Bau, Betrieb, Erhalt und Finanzierung der knapp 13 000 Kilometer langen Autobahnen durch den Bund ab 2021. Damit wollen wir unser gutes Autobahnnetz effizienter ausbauen und erhalten. Wir haben den Fonds „Digitale Infrastruktur“ eingerichtet, der zu 70 Prozent in den Gigabit-Netzausbau fließt und zu 30 Prozent als Finanzhilfen an die Länder für Investitionen in die digitale Infrastruktur von Schulen.

Sicherheit

Wir stärken den Staat, indem wir mehr Stellen bei den Sicherheitskräften schaffen. Im Koalitionsvertrag haben wir für diese Legislaturperiode

zusätzliche 7.500 Stellen vereinbart. Davon sind in den Haushalten 2018 und 2019 bereits 4.000 Stellen vor allem für die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt beschlossen. Mit



Foto: CDU/Adrian Kubika c/o Banrap

dem Bundeshaushalt 2019 erhöhen wir die Zuschüsse zur privaten Einbruchsicherung auf 80 Millionen Euro, die Eigentümer und Mieter bei der KfW für sichere Fenster und Türen beantragen können. Unsere Politik der besseren Prävention, einer höheren Polizistenzahl und härterer Strafen für Einbrecher soll dafür sorgen, dass die Einbruchszahlen weiter zurückgehen.

Der Bund hilft den Ländern mit insgesamt über 160 Mio. Euro bis 2022, damit diese mehr in neue Einsatzfahrzeuge bei Feuerwehr und Rettungsdiensten investieren.

Mit der „Eine-für-alle-Klage“ wird die Rechtsdurchsetzung für Verbraucher verbessert. Bestimmte Verbände können ab dem 1. November 2018 im Namen von Verbrauchern einen Schaden gerichtlich feststellen lassen oder einen Vergleich abschließen.

Bundestag diskutiert Organ-spende

Im Bundestag haben wir im November sehr sachlich und intensiv eine erste Debatte zur Organspende geführt. In Deutschland gibt es zu wenige Organspender. Viele Menschen, die auf ein Spenderorgan warten, warten vergeblich. Daher ging es bei der Debatte um die Frage, wie man in Deutschland die Spendenbereitschaft bzw. die Anzahl an Spenderorganen erhöhen kann. Soll man Menschen generell zu Organspendern erklären, sofern sie nicht widersprochen haben? Ist es nicht zumutbar, dass sich jeder einzelne Mensch über eine so wichtige Frage Gedanken macht und für sich eine Entscheidung trifft? Oder geht dies zu weit? Ist es mit der Menschenwürde vereinbar, Menschen, die sich nicht zu dieser Frage erklärt haben, zu Organspendern zu machen? Muss man nicht sonst auch bei jedem medizinischen Eingriff zustimmen?

Es war gut, dass diese Debatte im Deutschen Bundestag geführt und von den Medien aktiv begleitet und kommentiert wurde, denn dies hat dazu geführt, dass sich mehr Menschen mit der Frage einer Organspende im Falle ihres Hirntods befassen. Einig sind sich alle Bundestagsabgeordneten zumindest darin, die Voraussetzungen in den Krankenhäusern dahingehend zu verbessern, dass diese Organentnahmen dort, wo sie möglich sind, auch tatsächlich durchführen.

Bund und Länder uneinig über Grundgesetzänderung zur finanziellen Unterstützung der Länder mit Bundesmitteln

Die Bundesregierung will die Länder bei der Finanzierung von Investitionsvorhaben in den Bereichen Bildung, sozialer Wohnungsbau und kommunale Verkehrsinfrastruktur unterstützen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde nach der Sommerpause auf den Weg gebracht.

Für die dringend notwendige Digitalisierung der Schulen sind 5 Mrd. Euro Bundesmittel in den nächsten fünf Jahren vorgesehen. Damit der Bund im Bereich der Länderkompetenz unterstützen darf, bedarf es einer Grundgesetzänderung, für die eine 2/3-Mehrheit sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat erforderlich ist.

Während die Unterstützung des Bundes im Bereich des Sozialen Wohnungsbaus und der Verkehrsinfrastruktur generell unkritisch gesehen wurde, gehen die Meinungen im Bereich der Unterstützung für Schulen deutlich auseinander.

Im Bundestag haben FDP und Bündnis 90/Die Grünen ihre Zustimmung davon abhängig gemacht, dass der Gesetzentwurf auch vorsieht, dass der Bund in die Qualität der Schulen investieren könne, nicht nur in Material und Ausstattung. Dies ging den Ländern zu weit. Diese wehren sich gegen zu starke Einmischung in ihre Kompetenzen, so dass es zu einer Zustimmung zu diesem Vorhaben im Bundesrat nicht kam. Der Vermittlungsausschuss ist angerufen. Bund und Ländern verhandeln nun über einen für beide Seiten annehmbaren Kompromiss.

Die Einigung ist wichtig, denn nicht nur die Lehrer, Schüler

und Eltern warten auf eine bessere digitale Ausstattung an den Schulen. Auch die Verkehrsinfrastruktur und der Soziale Wohnungsbau haben höchste Priorität. Der Bund fördert hier bereits mit Milliardenbeträgen. Ohne Grundgesetzänderung würde die Unterstützung des Bundes 2019 auslaufen.

Austrittsabkommen zum Brexit

Der Deutsche Bundestag hat in der letzten Sitzungswoche im Dezember die Einigung zwischen den Verhandlungsführern der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich über ein Austrittsabkommen begrüßt.



Manfred Weber am 8.12.2018 auf dem Bundesparteitag in Hamburg.
Foto: CDU/Tobias Koch

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU wird beide Seiten wirtschaftlich und außenpolitisch schwächen. Ziel der Verhandlungen der 27 EU-Staaten war es daher, den Schaden so gering wie möglich zu halten und unter Wahrung der eigenen Interessen den Belangen des Vereinigten Königreichs Rechnung zu tragen.

Das Ergebnis ist ein Kompromiss, bei dem beide Seiten Zugeständnisse gemacht haben. Ein Kernanliegen der EU-Staaten war von Anfang an, den Frieden auf der irischen Insel und den Schutz des Karfreitagsabkommens zu wahren. Das Austrittsabkommen erreicht dieses Ziel durch die Festlegung einer Aufanglösung als Rückfallposition in Form einer Zollunion zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich plus Binnenmarkt-Sonderregelungen für Nordirland. Wichtig war den Verhandlern auch der Schutz der EU-Bürger, die im Vereinigten Königreich leben sowie die Erfüllung der bereits eingegangenen Verpflichtungen des Königreichs gegenüber der Europäischen Union und die Vereinbarung einer Übergangsphase bis voraussichtlich Ende 2020, um der Bevölkerung wie auch der Wirtschaft Planungssicherheit zu verschaffen. Dem Europäischen Gerichtshof wird eine zentrale Rolle bei der Überwachung und Durchsetzung des Abkommens zukommen.

Mit dem Austrittsabkommen werden zentrale deutsche und europäische Interessen gewahrt. Spannend bleibt die Frage, wie sich das Vereinigte Königreich zu dem Abkommen positionieren wird.